

Grün statt Grau

Redebeitrag Marco Clausen, Kundgebung „Grüne Freiräume erhalten“ am 14.11.17

Nicht zum ersten Mal soll ein Garten geplant werden und dem Beton weichen. Denn Grau bedeutet Gewinn, Rendite, Anlage. Mit dem Grün dagegen ist kein Profit zu machen.

Die vielen Gemeinschaftsgärten stehen für den wahren Reichtum Berlins. Sie schaffen Orte des Miteinanders, der Teilhabe, der Sorge um unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Davon brauchen wir heute - in Zeiten der Klimakatastrophe; in Zeiten, in denen mit Rassismus und Ausgrenzung wieder Wahlen gewonnen werden können, nicht weniger, wir brauchen mehr solcher Orte.

„Ganz Berlin ein Garten!“ muss die Losung bleiben. Dafür hat sich Gerda Münnich, die „Mutter der Berliner Interkulturellen und Gemeinschaftsgärten“, mit der ihr eigenen Vehemenz und Beharrlichkeit jahrzehntelang eingesetzt. Leider ist Gerda in diesem Jahr unerwartet gestorben. Ihre unermüdliche Arbeit für die Zusammenarbeit der Gärten lebt heute in der Solidarität der GärtnerInnen und Gärtner Berlins weiter. Gemeinsam stehen wir hinter der Prachttomate. Denn mit jedem einzelnen Garten steht die Existenz aller Gärten auf dem Spiel.

Die oft gesungenen Loblieder auf das Urbane Gärtnern dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor kaum ein Garten langfristig gesichert ist. Das betrifft Interkulturelle und Gemeinschaftsgärten ebenso wie Kleingartenanlagen. Sie werden geplant unter Stahlbeton und Profiterwartung. Auf den letzten Brachflächen schießen die Glaspaläste für Luxuslofts, Sternehotels und Unternehmenssitze aus dem Boden. Mit dem Verschwinden des Grüns steht auch die Frage auf dem Spiel, in welcher Stadt wir in Zukunft leben wollen.

Wenn wir heute für die Prachttomate auf die Straße gehen, dann müssen wir das auch im Namen eines „Rechts auf Stadt“ für alle tun. Denn nicht nur Gärten sind bedroht. Kaum ein Tag vergeht, in dem nicht einem Kinderladen, einer sozialen Einrichtung, einem angestammte Gemüseladen oder Späti, einem kultureller Freiraum, einem Wohnprojekt, einem Verein oder einer Initiative eine exorbitante Mietsteigerung oder gleich die Kündigung ins Haus flattert. Das Wohnen wird zum Spekulations- und Anlageobjekt, die Suche nach bezahlbarem Wohnraum zu einem Glücksspiel.

Die vielfältige Landschaft aus selbstorganisierten Projekten, Orten und Initiativen ist etwas, was Berlin ausmacht. Viel zu lange wurde die Existenz dieser Orte und das unermüdliche, oft unbezahlte Engagement der Menschen für sie als etwas Selbstverständliches betrachtet. Etwas, was spontan am Wegesrand wuchert, ohne dass es der Sorge und Aufmerksamkeit der Politik bedarf. Doch heute wo diese Vielfalt durch die Monokultur aus Profitinteresse und Investorenarchitektur verdrängt wird, brauchen wir eine Politik in Verteidigung der Freiräume.

Die Prinzessinnengärten am Moritzplatz sind eines unter vielen Beispielen für die Unsicherheit solcher Freiräume. Der Aufbau dieses Gartens war nur möglich, weil er von vielen Hundert Menschen aus der Nachbarschaft, aber auch aus dem der ganzen Welt unterstützt wurde. 2012 sollte die Fläche, die der Stadt Berlin gehört, durch den Liegenschaftsfonds zum Höchstgebot privatisiert werden. Dass die Fläche der Prinzessinnengärten am Moritzplatz als eine der wenigen Ausnahme in öffentlicher Hand geblieben sind, war einer breiten Welle der Solidarität zu verdanken. Über 30.000 Menschen, viele Initiativen und Gärten sowie der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben uns unterstützt.

Damals wie heute ging es nicht nur um die Verteidigung eines einzelnen Projektes. 2012 sind wir auch dafür eingetreten, die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu beenden. Über 3000 Grundstücke hat Berlin bis dahin zum Höchstgebot vergeben und damit aktiv zur Verdrängung beigetragen und für die Zukunft Möglichkeiten aus der Hand gegeben, demokratisch über die Nutzung dieser Flächen zu entscheiden.

Inzwischen scheint Berlin weiter zu sein. Im Koalitionsvertrag wurde angekündigt

- wichtiger Grün-, Frei- und Naturflächen dauerhaft zu erhalten. Wo wohnortnahe Grünflächen fehlen, sollen durch den Ankauf oder die Umnutzung von Flächen neue Grünflächen geschaffen werden.
- Es soll nicht nur ein fester Ansprechpartner für Urban Gardening eingerichtet werden. In Aussicht gestellt wurde auch ein gesamtstädtisches Konzept für urbane und interkulturelle Gärten.

Prominent prangten die urbanen Gärten im letzten Wahlkampf auf den Plakaten der Regierungsparteien. Die Teilkündigung der Prachttomate sollte Anlass sein danach zu fragen, wie weit wir heute tatsächlich gekommen sind. Es kann nicht sein, dass wir immer wieder für jedes einzelne Gartenprojekt auf die Straße gehen müssen. Dass für jeden einzelnen Garten mühsam Kompromisse und verlängerte Zwischennutzungen ausgehandelt werden müssen. Während gleichzeitig die Politik weiter die Antwort schuldig bleibt, wie sie es in Zukunft mit den urbanen Gärten in Berlin halten will. Auch im Falle der Prinzessinnengärten wurde keine dauerhafte Lösung gefunden. Der um weitere 6 Jahre verlängerte Mietvertrag läuft Ende nächsten Jahres aus. Die Zukunft ist ungewiss.

Das Problem besteht nicht nur in Berlin allein. Im Urban Gardening Manifest fordern über 180 Gartenprojekte bundesweit Politik und Stadtplanung auf, die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten anzuerkennen und sie ins Bau- und Planungsrecht zu integrieren. So wie in der „autogerechten“ Stadt alle das Recht auf einen Parkplatz hatten, sollte in der gartengerechten Stadt allen ein fußläufiger Zugang zur Stadtnatur garantiert werden. Berlin, die Hauptstadt des urbanen Gärtnerns, muss hier eine Vorreiterrolle spielen. Es reicht uns nicht, in Stadtmarketing, Tourismusführer, in Werbekampagnen und Hochglanzbroschüren für das Image eines grünen, alternativen und vielfältigen Berlins herzuhalten. Statt damit beschäftigt zu sein Gärten zu verteidigen, sollten wir längst begonnen haben, 100 neue Gärten als Gemeingüter aufzubauen. Wenn „nachhaltige Stadtentwicklung“ und „Umweltgerechtigkeit“ keine leeren Worthülsen bleiben sollen, dann kann es nicht nur um einige wenige Monate mehr oder weniger für diesen oder jenen Garten gehen. Wir müssen wieder langfristig planen. Es muss darum gehen, diesen Reichtum über Generationen weiterzugeben. Warum nicht mit der Prachttomate anfangen, um ganz Berlin zu einem Garten zu machen?